

Einladung

ZUR

Podiumsdiskussion

Donnerstag 18. März 2010,
18.30 bis 19.45 Uhr

Wegen der begrenzten Anzahl von Plätzen wird um Anmeldung bis 11.03.2010 gebeten.

Aus Sicherheitsgründen Einlass nur zwischen 18.00 und 18.30 Uhr.

Das BVerwG stellt keine Parkplätze zur Verfügung; benutzen Sie deshalb das öffentliche Parkhaus am BVerwG.

im Bundesverwaltungsgericht,
Historischer Plenarsaal,
Simsonplatz 1, 04107 Leipzig



BWV · Berliner Wissenschafts-Verlag

Markgrafenstraße 12–14 10969 Berlin

Tel.: 030 / 84 17 70-0 Fax: 030 / 84 17 70-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de Internet: www.bwv-verlag.de



**BWV · BERLINER
WISSENSCHAFTS-VERLAG**



Es ist in Vergessenheit geraten: Die „Sicherheit“ der Bürger betraf einmal ihren Anspruch, vor staatlicher Willkür geschützt zu sein. Hierfür wurde der Rechtsstaat errichtet, der die bürgerliche Freiheit in gleicher Weise vor der Obrigkeit wie auch vor Angriffen durch den Mitbürger schützte. Im Fokus der Betrachtung stand der Mensch, dessen individuelle Freiheitsrechte in persönlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu sichern waren. Freiheit war das erstrebte Ziel, die Rechts-Sicherheit das eingesetzte Mittel.

Der bürgerliche Anspruch auf Freiheit ist vergessen, die individuelle Freiheit ist zur Gefahrenquelle geworden. Bedroht ist die Gesellschaft, die Bedrohung kulminiert im Staat. Das Recht definiert jetzt nicht mehr den Abwehranspruch des Bürgers gegen den Staat, sondern den Schutzanspruch des Staates gegenüber allgegenwärtigen Gefahren. Sicherheit ist nunmehr das erstrebte Ziel, es wird gleichsam zum kollektiven Gut. Und die bürgerliche Freiheit hat sich in dem Rahmen einzurichten, den ihr die Sicherheit belässt.

In der Rückschau des Buches „Der Weg in die Sicherheitsgesellschaft“ von Peter-Alexis Albrecht gerinnt die beobachtete Rechtsentwicklung zu einer Erosion des Rechtsstaates. Der Wandel vom präventiven Staat zur Sicherheitsgesellschaft ist eingebettet in globale, Freiheit und Würde der Individuen gefährdende Transformationsprozesse, die die Weltgesellschaft und die nationalen Gesellschaften gleichermaßen treffen. Die dadurch entstehende allgemeine Unsicherheit und Orientierungslosigkeit breitet sich in den Bevölkerungsschichten nicht mehr mit den Mitteln der individualisierenden Sozialkontrolle traditioneller Art, dem Strafrecht, einzuhegen. Diese Unsicherheit bringt rechtsstaatsverzehrende Kontrollformen einer Sicherheitsgesellschaft hervor, die zu ihrem scheinbaren Schutz bereit ist, die Grundlagen des Rechtsstaats aufzugeben zugunsten einer Sicherheit, die keine ist.

Was bleibt als konkrete Handlungsanleitung aus dieser fast hoffnungslosen Perspektive abzuleiten? Lassen sich Menschenwürde und fundamentale Rechtsstaatsprinzipien juristisch sichern? Was kann man tun, wenn diese Frage verneint wird? Die Verfassung gewährt das Widerstandsrecht in Art. 20 Abs. 4 GG. Diese Zusammenhänge sollen mit Betroffenen, die vielfach auch aus schmerzlicher Erfahrung berichten, erörtert werden.

Der Weg in die Sicherheitsgesellschaft

Auf der Suche nach staatskritischen Absolutheitsregeln

Podiumsdiskussion

mit

Professor Dr. Peter-Alexis Albrecht,
Karl-Heinz Dellwo,
Dr. Hans-Jürgen Misselwitz,
Ulrich Renz

Moderation: Dr. Michael Voß